

**Motion Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer GFL/Bettina Jans-Troxler EVP):
Klimaschutz? Zäme geits! Parkhäuser für die Zukunft rüsten**

Die Stadt Bern hält direkt oder indirekt Beteiligungen an den Parkhäusern Metroparking und P & R Neufeld (AWAG), am Expoparking (EWAG), am Bahnhofparking (Grosse Schanze AG) sowie an den Parkhäusern Rathausparking und Kasinoparking.

Parkhäuser dienen zweckmässig vor allem dazu, Personen, die mit einem Auto in die Stadt fahren, einen temporären Parkplatz für das Fahrzeug zur Verfügung zu stellen.

Angesichts der Diskussion um den anstehenden Klimawandel steht auch die individuelle Mobilität im Fokus, vor allem dann, wenn sie mit nicht erneuerbaren, fossilen Brennstoffen erfolgt. Will die Stadt ihren Beitrag dazu leisten, dass der CO₂-Ausstoss in Zukunft massiv verringert wird, so muss die Stadt auch im Bereich des MiV Massnahmen ins Auge fassen.

So muss die Frage gestellt werden, ob das Angebot an Parkplätzen, dass die besagten Parkhäuser anbieten, nicht dazu beiträgt, dass Leute mit ihren benzin- oder dieselbetriebenen Autos in die Stadt fahren. Das kann und darf in Zukunft nicht mehr im Interesse der Stadt liegen – vielmehr muss sie auf eine Veränderung der Gewohnheiten hinarbeiten. Ziele müssen sein, dass möglichst viele Leute mit dem öV in die Stadt und zurück fahren – und dass Fahrzeuge, die in die Stadt kommen v.a. solche mit alternativen Antrieben sind, die die Umwelt (möglichst) wenig(er) belasten. Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert,

1. bei den Parkhäusern, an denen die Stadt beteiligt ist, auf einen Umbau für die Zukunft hinzuwirken. Es sollen bis 2025 die Anzahl Parkplätze für fossil betriebene Fahrzeuge halbiert, der Anteil Parkplätze für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben verdoppelt werden. Für 2030 lautet das Ziel, nur Parkeinheiten für Fahrzeuge mit erneuerbaren, alternativen Antrieben anzubieten. Ladestationen für eMobilität und weitere alternative Antriebe werden ausgebaut. Es ist zu überlegen, in Parkhäusern auch Park- und Ladegelegenheiten für eBikes anzubieten.
2. die Preise für das temporäre Parkieren in den Parkhäusern stufenweise anzuheben und die Mehreinnahmen in den oben beschriebenen Umbau zu investieren.
3. die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden und jenen Gemeinden zu suchen, aus denen viele Pendler- und BesucherInnen heute mit dem Auto in die Stadt kommen. Ziel der Zusammenarbeit soll ein gemeinsames, regionales Konzept zu Vermeidung von MiV-Verkehr in die Stadt und aus der Stadt zurück sein.

Bern, 06. Juni 2019

Erstunterzeichnende: Manuel C. Widmer, Bettina Jans-Troxler

Mitunterzeichnende: Anna Schmassmann, Brigitte Hilty Haller, Lukas Gutzwiller, Michael Burkard, Marcel Wüthrich, Joëlle de Sépibus, Matthias Stürmer